

**D**as Beispiel Schott Jena zeigt außerordentlich drastisch, dass das Thema erneuerbare Energien in Deutschland auch nach Fukushima durch die Bundesregierung boykottiert wird. Anstatt alle Weichen auf den Energiewechsel zu stellen, konzentriert man sich darauf, die Macht und die Rendite der großen Energiekonzerne zu erhalten“, hatte der Wirtschaftspolitiker der Fraktion **DIE LINKE im Thüringer Landtag, Dieter Hausold erklärt.**

Die Jobkürzungen bei Schott seien absehbar gewesen und eine Folge der bereits im Jahr 2010 vorgenommenen Kürzungen im Bereich der erneuerbaren Energien. Auch die Vorkommnisse in Japan 2011 hätten daran nichts geändert. Vielmehr müsse man an dieser Stelle erneut der Bundesregierung massives Versagen vorwerfen. Man dürfe einen Technologievorsprung, den sich die Solarbranche mit Schott an der Spitze erarbeitet habe, nicht nur bis zur Hälfte des Weges fördern, sondern müsse auch die internationale Entwicklung im Auge behalten. „So hätte man volkswirtschaftlich verantwortlich gehandelt“, konstatierte der Landespolitiker.

Schon seit dem Jahre 2010 sei absehbar gewesen, dass eine Absenkung der Förderung dem asiatischen Raum auf dem Weltmarkt einen Wettbewerbsvorteil verschaffen werde. „Diese Vorhersehbarkeit offenbart: entweder verschläft die Bundesregierung internationale Entwicklungen oder sie ignoriert sie zugunsten örtlicher Monopolstrukturen. Egal, was davon zutrifft – es ist diskreditierend, diese Regierung gehört abgelöst. Sie schadet dem Land und in diesem Fall einer dringend notwendigen Energiewende.“ **DIE LINKE** Thüringen hat in ihrem Energiekonzept bereits deutlich hingewiesen, wo die politischen Handlungserfordernisse liegen: in einer konsequenten langfristigen Förderung nachhaltiger Energien. Wir werden dies weiter fordern“, betonte Dieter

# Anstatt alle Weichen auf Energiewechsel zu stellen

**Bundesregierung trägt Mitverantwortung für den Jobabbau in der Solarbranche**

Hausold. Die deutsche Solarbranche hatte angesichts des Preisverfalls Strafzölle für chinesische Hersteller von Solartechnik gefordert. Der Vorsitzende des Forschungsverbunds Solarvalley Mitteldeutschland, Hubert Aulich, sagte der Osterländer Volkszeitung, dass es eine deutliche Verzerrung des Wettbewerbs gebe. China baue seine Fertigungskapazitäten zum Teil extrem aggressiv aus. In der Folge stöhne der Markt unter massiven Überkapazitäten und einem Preisverfall von bis zu 50 Prozent. Aulich forderte von der Politik eine stärkere Protektion deutscher Unternehmen. Der Thüringer Wirtschaftsminister Matthias Machnig

hatte ebenfalls vor zu drastischen Einschnitten bei der Solarförderung gewarnt. Entscheidend sei, dass Solarstrom 2013 die sogenannte Netzparität erreiche, also bei den Kosten auf das Niveau von konventionell erzeugtem Strom komme.

*Siehe auch UNZ-S.2: Lobby-Politik vernichtet Ökostrom-Arbeitsplätze; Solartechnik auf Anlagen-Förderung umstellen, mit dezentralen Anlagen das Strommonopol brechen – von Ralph Lenkert (MdB, DIE LINKE)*

**Sonderseite der Linksfraktion zur Energiepolitik: [www.die-linke-thl.de/themen/themen\\_a\\_z/e\\_h/energierevolution/](http://www.die-linke-thl.de/themen/themen_a_z/e_h/energierevolution/)**



*Bei einem Energieaktionstag in Suhl im November besichtigten Bundes- und Landtagsabgeordnete der LINKEN auch den Solarpark in Suhl-Goldlauter.*

*Foto: Archiv Parlamentsreport*

## Gesprächskreis diskutierte „eine Notfallsicherung (nicht nur) für Krisenzeiten“

Bereits nach der ersten Finanzkrise im Jahr 2008 hatte sich bei der Linksfraktion im Thüringer Landtag ein Gesprächskreis „Nachhaltige Finanzwirtschaft“ gebildet mit Landtagsabgeordneten der LINKEN, Mitgliedern der Thüringer Rosa Luxemburg Stiftung und weiteren Interessierten, die übrigens immer herzlich willkommen sind.

Angesichts sich zuspitzender Krisenprozesse und meist festgefahrener Strukturen den Blick zu öffnen für alternative Konzepte, Überlegungen und Diskussionen, dabei den kurzen Draht suchend zwischen Politik und Wissenschaft, darum geht es dem Gesprächskreis vor allem. Beim jüngsten Treffen in der Landtagsfraktion referierte Christoph von Freydorf, Universität Erfurt, über „Potenziale der Mittelstandsförderung“. Schließlich sei „das Ende der Fahnenstange erreicht, was die konventionellen Maßnahmen betrifft“. Klein- und mittelständische Unternehmen prägen die Wirtschaft Thüringens, „sind aber in Krisensituationen am gefährdetsten“. „Was tun?“, fragte der

junge Wissenschaftler, um umgehend seine Überlegungen zu präsentieren: Ein „kostenneutrales und bewährtes Programm könnte den Thüringer Mittelstand krisenfest machen“ und als eine „Notfallsicherung“ vor allem seinen Autonomiegrad erhöhen. Die Idee, die dahinter steckt: Die Unternehmen handeln sozusagen unter sich per alternativem Girokonto und alternativer Währung.

### Aber wo ist der Haken?

Nach dem in der Schweiz bereits seit über sieben Jahrzehnten funktionierenden Konzept der Wirtschaftsring-Genossenschaft, kurz WIR, wäre man zwar ausschließlich in der Binnenwirtschaft tätig, aber mit einem äußerst günstigem und sehr flexiblen Kreditsystem. In der Schweiz sind heute rund 60.000 mittelständische Unternehmen im WIR-Kreislauf, und die Auftragsbücher sind voll. Aber wo ist der Haken? Während das Schweizer System wegen der Geld-Engpässe zu Zeiten

der Wirtschaftskrise in den 30er Jahren entstand, müsste eine solche Thüringer Alternative sozusagen in Normalzeiten und gegen alle Vorbehalte organisiert werden. Christoph von Freydorf betonte die Notwendigkeit der Legitimation und der Unterstützung durch die Landespolitik z.B., in dem die Landesregierung entsprechende Studien fördert.

Auf jeden Fall ist er von dem Konzept, das „einen optimalen Währungsraum“ bietet und „die regionalen Wertschöpfungsketten stärkt“, überzeugt. „Es funktioniert für strukturschwache Regionen super“, vorausgesetzt der Staat macht aktive Wirtschaftspolitik.

In der anschließenden Gesprächsrunde gab es natürlich eine Menge Fragen z.B. nach der Gefahr des Wirtschaftsinsolationismus. Auf jeden Fall wollen sie am Thema dran bleiben und an in Thüringen vorhandenen Alternativen anknüpfen, wie Mike Huster, der Finanzpolitiker der Linksfraktion, betonte. Das Gespräch soll fortgesetzt werden mit Thüringer Bankenvertretern.

*A. Rudolph*

## KURZ UND PRÄGNANT

### Beschaffungsaffäre Thema

Nach einer Reihe von Antworten der Landesregierung auf Kleine Anfragen der LINKEN zu Beschaffungsvorgängen bei der Thüringer Polizei verwies MdL Martina Renner darauf, dass auch bei der Anschaffung von Computern, Videotechnik, Elektronikbauteilen und Messtechnik sich dringende Nachfragen zu Vergabemodalitäten und Geschäftsbeziehungen ergeben würden. So hätte es wiederholt freihändige Vergaben gegeben, obwohl Ausschreibungen dringend vorgeschrieben gewesen seien.

Es könne nicht mehr von Einzelfällen die Rede sein, „sondern es besteht der Verdacht, dass systematisch gegen Vorschriften verstoßen wurde“. Auch müsse geprüft werden, inwieweit die interne Ermittlung zügig und konsequent den ersten Hinweisen auf solche Vorgänge nachgegangen sei. „Da einige der in Rede stehenden Beschaffungen bis in die Jahre 2009 und 2010 reichen, muss auch hinterfragt werden, ob die ersten Korrekturen am Vergabeverfahren unter der Ägide des Innenministers überhaupt zeitnah zu Konsequenzen führten oder wie lange dieses Tohuwabohu bei der Beschaffung eigentlich noch Bestand hatte“, so Martina Renner.

### Regionalexpress statt ICE?

Mit Verweis auf Äußerungen des Konzernbevollmächtigten der Bahn für Thüringen, Volker Hädrich, sagte die Verkehrspolitikern der LINKEN Dr. Gudrun Lukin: „So deutlich hat die Bahn noch nie mitgeteilt, dass Jena, Weimar, Saalfeld und das Umland in Ostthüringen vom ICE-Fernverkehr abgekoppelt werden.“

Hädrich hatte gesagt, dass Ostthüringen auch nach der Abkoppelung vom ICE-Netz der Deutsche Bahn AG ab 2017 weiter an des Fernverkehrsnetz angebunden werden soll. Die jetzt noch in der Region haltenden ICE würden künftig durch Regional-Expresszüge ersetzt. „Bisher wurde wenigstens noch die Hoffnung dieser Städte auf einen Halt in größeren Zeitintervallen oder in Tagesrandlage offen gehalten. Wenn jetzt die Bahn AG nur noch Regionalexpresszüge als Ersatz für die ICE-Verbindung von Nürnberg nach Leipzig anbietet, dann bedeutet das eine erhebliche Verschlechterung für die Reisenden und einen Marketingschaden für die Anrainerstädte. Die Fahrzeiten verlängern sich, der Komfort wird abnehmen, Platzkarten fallen weg, kurz, der Vorteil durchgehender schneller Züge ist endgültig hin. Eine Werbung für den Freistaat ist das nicht.“